BUND- Naturschutzzentrum Ravensburg-Weingarten

An die Vertreter*innen der politischen Listen,
die sich im Mittleren Schussental zur Wahl stellen.

7 Fragen zur Kommunalwahl 2019

Ehrenamtliche des BUND Ravensburg-Weingarten haben sich beim BUND- Umwelttreff am 11. April 2019 sieben Frage überlegt, die sie den zur Wahl stehenden Gemeindevertretern gerne stellen würden. Die Fragen gehen an den jeweiligen Spitzenkandidaten / die Spitzenkandidatin aller Wahllisten in den Städten und Gemeinden Ravensburg, Weingarten, Baienfurt und Baindt.

Wir bitten Sie, diese Fragen nach Rücksprache mit den Kandidat*innen Ihrer Liste zu beantworten und uns bis zum 3. Mai zurückzusenden. Wir werden die Antworten bei unserem Umwelttreff am 9. Mai 2019 diskutieren und die Ergebnisse als 'Wahlhinweis' veröffentlichen.

Vielen Dank

Angefragt wurde jeweils der Inhaber / die Inhaberin des ersten Listenplatzes:

Ravensburg	BfR	(Wilfried Krauss)	
	CDU	(Antje Rommelspacher)	
	FWV	(Joachim Arnegger)	→ leider keine Antwort erhalten
	FDP	(Oliver Schneider)	
	Grüne	(Maria Weithmann)	
	SPD	(Heike Engelhardt)	
Weingarten	BfW	(Bernhard Oligmüller)	
	CDU	(Dr. Dietmar Straub)	→ leider keine Antwort erhalten
	FWW	(Horst Wies)	
	Grüne	(Susanne Münz)	
	LKR	(Werner Knörle)	
	SPD	(Doris Spieß)	
Baienfurt	CDU	(Andrea Arnhold)	→ leider keine Antwort erhalten
	FWV	(Richard Birnbaum)	
	Grüne und Unabhängige	(Uwe Hertrampf)	
	SPD	(Brigitta Wölk, Arthur Pfau)	
Baindt	CDU	(Ilona Bracht-Beyer)	→ leider keine Antwort erhalten
	FW	(Heiko Bayer)	→ leider keine Antwort erhalten
	Grüne und Unabhängige	(Michael Spiegel)	
Berg	Berger Liste	(Silke Büchele)	→ leider keine Antwort erhalten
	CDU/Freie Wähler	(Jennifer Fetscher)	→ leider keine Antwort erhalten
	FDP	(Benjamin Strasser)	

Auswertung zur Frage

1) Wohnbau mit weniger Flächenverbrauch

Wohnen ist wichtig, Naturschutz auch. Der neue Regionalplan sieht im Mittleren Schussental zusätzlich 100 ha Wohn- und Gewerbefläche vor. Wir finden, das ist zu viel. Mit den Steuerungsmöglichkeiten, die eine Stadtplanung hat, lässt sich diese Fläche problemlos halbieren, ohne dass auf eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz verzichtet werden muss.

> [Wir haben von einer der befragten Listen den Ball zurückgespielt bekommen und wurden gefragt: „Was schlagt Ihr denn für Maßnahmen vor?“ Das nehmen wir zum Anlass, unsere zentralen Maßnahmen zu jedem Handlungsfeld zu skizzieren. So kann sie jede/r die Antworten der Parteien und Listen mit unseren Vorschlägen vergleichen.
>
> Unsere Vorschläge für Maßnahmen zur Halbierung des Flächenverbrauchs lauten:
>
> Leerstand aktivieren, dazu alle Steuerungsmöglichkeiten ausschöpfen, die der Gesetzgeber den Kommunen zur Verfügung stellt (auch wenn's den Betroffenen weh tut, aber Eigentum verpflichtet nun mal…).
>
> Auch die Potentiale von Aufstockungen auf bestehenden Gebäuden sind konsequent zu nutzen.
>
> Deutlich verdichteter planen. Dazu gehört, dass man Verschiedenes parallel betrachtet:
> a) Planung der gewünschten Siedlungsstruktur, b) Planung der ökologischen und für die Öffentlichkeit bestimmten Freiräume, c) Planung der Flächen, die im Klimawandel wichtig werden (Hochwasser, Luftqualität…).
> Und dazu müssen die Auswirkungen auf die benachbarten Gebiete berücksichtigt werden.
>
> Mehr Engagement in den sozialen Wohnbau, wobei Städte und Gemeinden als Planungsträger und über eigenen kommunalen Wohnbau die Maßstäbe für einen qualitativ ansprechenden und ökologisch hochwertigen Wohnbau festlegen können. Dazu gehört es auch, Firmen in die Pflicht zu nehmen.
>
> Lebenswerte Gebäude brauchen gute Freiflächen: Aus unserer Sicht fehlt vor allem bezahlbarer Wohnraum für sozial schwache Schichten. Der kann gut im Geschosswohnungsbau erfolgen, wenn durch entsprechend gut geplante Grünräume um die Gebäude eine hohe Lebensqualität erreicht wird. Leider dominiert um die Häuser bisher das 'Abstandsgrün'.
>
> Keine weiteren Ausweisungen von §13b- Baugebieten am Ortsrand ohne ökologischen Ausgleich, die überwiegend für Flächen- fressende Einfamilienhäuser genutzt werden.
>
> Ebenerdige Parkplätze vermeiden. Parkende Autos gehören in Tiefgaragen oder gestapelt, sonst brauchen sie zu viel Platz.]

Frage:
Unterstützen Sie unser Ziel einer Halbierung des Flächenverbrauchs bei gleicher Leistung in Bezug auf Wohn- und Arbeitsplätze? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Antworten aus Ravensburg

FDP Gemeinderat und Kreistag (20. April 2019)

Ravensburg ist eine Schwarmstadt mit hoher Zuwanderung, Die Menschen brauchen Wohnraum. Seit Jahren fordern wir eine Verdichtung durch die Gestattung von höheren Bauwerken. Diese Einsicht hat sich weitgehend durchgesetzt. Nachdem im Speckgürtel um Ravensburg herum immer mehr Baugebiete zum Bau von Einfamilienhäusern ausgewiesen werden, und dadurch die Zahl der Pendler mit allen einhergehenden Belastungen zunehmen, wünschen wir uns, im Bereich der Ortschaften Baugebiete mit Geschosswohnungsbau auszuweisen. Im übrigen verweisen wir auf Ziff.3 unseres Programms. Wir müssen in der Tat den Flächenverbrauch mindern. Unser Vorschlag einer strategischen Satzung zur Aufstockung bestehender Gebäude fand im letzten Gemeinderat keine Mehrheit. Wir werden erneut eine solche Satzung beantragen und weiter die Ausweitung weiterer Sanierungsgebiete und die Aufhebung der strengen Nutzungstrennung von Baugebieten. Diese strikte Trennung generiert einen hohen Flächenverbrauch und lange umweltbelastende Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.

[*Auszug aus dem Wahlprogramm Ziff. 3. Bauen und Wohnen*

Der Mangel an Mietwohnungen und Eigentumswohnungen zu bezahlbaren Preisen, lässt sich durch administrative Maßnahmen nicht beseitigen. Hohe Mietpreise sind Merkmal der Knappheit. Die Stadt muß ermöglichen, daß gebaut wird. Dabei ist es gleichgültig ob die Stadt als Bauherrin baut oder Private. Zum bauen werden Grundstücke, Grundstücke und noch einmal Grundstücke benötigt.

Wir fordern

a. konsequente Ausweisung von Bauland und zwar nicht nur durch Verdichtung, sondern auch unter maßvoller Ausweitung des Stadtgebiets. Der Grundsatz: Bebauungspläne nur für Grundstücke in städtischer Hand muß einzelfallorientiert gelockert werden.

b. Verzicht auf Grundstücksgewinne seitens der Stadt im Rahmen von Konzeptverkäufen(bezahlbare Wohnungen gegen günstige Grundstückskaufpreise).

c. einfache, auf das Wesentliche reduzierte Bebauungspläne ohne zusätzliche örtliche Bauvorschriften.

d. eine strategische Satzung beinhaltend die generelle Erlaubnis zur Aufstockung von vorhandenen Gebäuden in ausgewählten Gebieten und Zulassung höherer Gebäude.

e. Durchbrechung der strengen Gebietsqualifizierung der Baunutzungsverordnung.

f. Mehrung des Personals im Bauplanungsamt und Bauordnungsamt zur rascheren Herstellung von Bebauungsplänen und Erteilung von Baugenehmigung. Erhöhung der Gehälter in den beiden Behörden und Voran treiben der Digitalisierung .

g. Ausweisung weiterer Sanierungsgebiete, um den Ausbau von mehr Wohnungen in Bestandsgebäuden zu erreichen

h. quartiersbezogene und nicht einzelfallbezogene Betrachtung der Vorschriften für Energieeinsparung, Stellplätze, Dach-und Wandbegrünung.]

Fraktion der GRÜNEN (28. April 2019)

Naturschutz und Wohnungsbau stellen tatsächlich immer wieder einen Zielkonflikt dar, den wir Grüne immer beim jeweiligen Bauvorhaben entsprechend den örtlichen Bedingungen gründlich diskutieren und uns im Wissen um die Bedeutung beider Anliegen entscheiden. Immer wieder wird

in diesem Zusammenhang auch über Grenzen des Wachstums diskutiert. Wir sind generell der Überzeugung, dass es zukünftig viel stärker um qualitatives Wachstum als um quantitatives Wachstum gehen muss. D.H. z.B. mit intelligenten Wohnungszuschnitten ist der ständigen Zunahme des individuellen Flächenbedarfs zu begegnen oder mit kreativen Innenentwicklungsmaßnahmen (Aufstockungen auch auf Gewerbeeinheiten, Entsiegelungen) ist Wachstum möglich.

Der in Bearbeitung befindliche Regionalplan steuert die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Dass das Netto-Null-Ziel der Bundesregierung im Klimaschutzplan bis 2050 beim Flächenverbrauch offensichtlich darin keinen Niederschlag findet, ist höchst bedauerlich. Wir in Ravensburg haben topografische Grenzen, die wir beachten müssen: klimatologisch kritische Hanglagen u. wichtige Grünzüge. Deshalb ist die Halbierung des Flächenverbrauchs unbedingt unterstützenswert. Ein § 13b, der den schonenden Umgang mit Flächenressourcen konterkariert, ist nicht das geeignete Mittel.

Flächensparende Nachverdichtung ruft in der Regel massive Nachbarschaftsproteste hervor. Politisch ist Bauen auf der „Grünen Wiese“ unkomplizierter durchzusetzen. Zusätzlich steht Nachverdichtung oft im Konflikt mit dem Erhalt von innerstädtischen Grünflächen: auch für uns Grüne ein Zielkonflikt.

Wir Grüne haben beantragt, dass trotz gesetzlich fehlender Verpflichtung auch bei 13 b Baugebieten der ökologische Ausgleich erfolgt. Wir haben beantragt, dass in allen Baugebieten Sozialwohnungen entstehen, Flächen dicht bebaut werden, ohne Einfamilienhausbebauung und dass ein Baulückenkataster geeignete innerstädtische Potentiale eruiert. Wir fordern zudem, dass in bestehenden Wohngebieten durch Überplanung weitere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden, die Dachausbauten, Anbauten und Aufstockungen erlauben, wie z.B. zuletzt in der Südstadt.

Als weitere Maßnahmen schlagen wir vor:

- Intensivierung der Leerstandsbekämpfung: ca. 800 Wohnungen in RV stehen leer – hier muss Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Aus Datenschutzgründen dürfen Kommunen auf Eigentümer leerstehender Wohnungen nicht direkt eingehen. Das Zweckentfremdungsverbot kann nur bei leerstehenden Gebäuden angewendet werden.
- Aufstockungen auch auf Gewerbebetriebe und Schaffung der dafür erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen
- Wohnungsmobilität fördern: Angebote machen für Menschen, die im Alter oder wegen sonstiger Haushaltsverkleinerungen eine kleinere Wohnung annehmen würden. Dies kann in Form von Umzugshilfen erfolgen oder der Förderung von Senioren-WGs oder in genossenschaftlichen Formen, in denen Bewohnern kleinere, günstiger Wohnungen angeboten werden, wenn sie bereit sind, ihre größeren Wohnungen bereit zu stellen.

Bürger für Ravensburg (4. Mai 2019)

Zunächst wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die BfR-FR per Antrag im GR den Vorstellungen des BUND bei der Bebauung Seestrasse zur Duchführung verhelfen wollte! Leider haben uns die anderen FR (auch die GRÜNEN) dabei nicht unterstützt! Hier wurde eine Chance vertan!!

Der Wohnungsmarkt in Ravensburg ist sehr angespannt. Wohnungen für Bezieher von geringen und mittleren Einkommen fehlen. Die BfR sind für Nachverdichtung, aber maßvoll und die berechtigten Interessen der Anwohner müssen berücksichtigt werden. Zudem müssen in den Ortschaften

neue Wohngebiete entstehen. Die Stadt verzichtet auf die Anwendung von § 13b BauGB, der die Aufstellung von beschleunigten Bebauungsplänen ohne Umweltprüfung und ohne Ausgleichsmaßnahmen im Außenbereich ermöglicht. Dessen Anwendung muss auf die Schaffung von verdichtetem Geschosswohnungsbau angewandt werden. Die Grundstücke müssen nach Möglichkeit in der Hand der Stadt sein (Bodenbevorratungspolitik) . Damit wird zielgerichtetes Handeln ermöglicht. Bebauungspläne müssen zuerst die Interessen, wie z.B. den Bau von Sozialwohnungen, definieren. Das Instrument des Erbbaurechts muss gezielt eingesetzt werden. Die Bindefrist für neu gebaute Sozialwohnungen muss zudem verlängert werden. Bauherren großer Mehrfamilienprojekte müssen einen hohen Anteil der Geschossfläche im sozial geförderten Wohnungsbau vorweisen. Die Stadt muss auch Wohnungen kaufen. Viele Wohnungen in der Altstadt sind in den letzten 30 Jahren zu Gunsten von Ladenflächen verschwunden. Bei längerem Leerstand muss die Stadt eine Strategie mit den Hausbesitzern entwickeln, um hier wieder Wohnungen zu schaffen.

Die BfR-FR hat Anträge gestellt zu prüfen, ob nicht größere Unternehmen wieder Werkswohnungen bauen können. Auch beantragten wir, eine Überprüfung von Aufstockungsmöglichkeiten bei Supermärkten wie LIDL oder ALDI (in vielen Kommunen bereits erprobt).

Die BfR setzen sich dafür ein, für Gewerbe und Wohnbebauung möglichst geringe Flächen zu überbauen. Beim Gewerbebau ist der „Flächenfraß“ zu vermeiden. Das könnte erreicht werden, indem man die Untergeschosse von Gewerbebauten nutzt. Billige Architektur, sprich Stahlträger mit Aluverkleidung, können nicht der Maßstab für künftige Bauten sein. Gestaltete Fassaden, Einbindung der meist großen Industrie- und Gewerbehallen in Grünbereiche mit Bepflanzung oder Fassadenbegrünung müssen Standard werden. Die neue Wohnbebauung muss eine Mischung aus maßvoller Geschossbebauung und auch individuellem Wohnen sein. Hausgärten können ein Refugium von verschiedenen Pflanzen sein, die es auf intensiven Acker- oder Wiesenflächen nicht gibt. Die BfR setzen sich für ein Wachstum ein, das nicht durch den augenblicklichen Hype überhitzt ist, sondern nachhaltig gestaltet wird.

SPD Ravensburg (5. Mai 2019)

Ja. Maßvoll verdichten, in die Höhe bauen, Wohnquartiere mit Grün zwischen den bebauten Flächen und grünen Fassaden und / oder Dächern, gleichzeitig bestehende Wohnungen nutzen: ältere und alleinstehende Personen unterstützen beim Wohnungswechsel in kleinere Wohnungen - größere Wohnungen werden so für Familien frei

CDU Ravensburg (Manfred Büchele, 6. Mai 2019)

Die Ansprüche der Gesellschaft bzgl. Wohnen, Arbeitsplatz für Broterwerb, Infrastruktur nicht nur für Verkehr, sondern auch für soziales Leben, Freizeit und vieles mehr sind in unserer schon dicht besiedelten Region eine ständige planerische Herausforderung für ein organisches Wachstum.

Eine „problemlose Halbierung“ der mittelfristig im Regionalplan ausgewiesenen Flächen ohne Verzichte halte ich für ambitioniert. Die pauschal formulierte Aussage hieße im Übrigen auch, dass die Planer ihr Metier wirklich schlecht verstünden.

Die Regionalplanung ist dem Wesen nach sehr langfristig auf Vorrat ausgelegt, da solche komplexen Planungsvorgänge einen solchen weiten Horizont erfordern. Bei weitem nicht jede ausgewiesene Fläche wird in den nächsten 15 Jahren den freien Flächen tatsächlich entnommen werden.

Der CDU ist ein sorgsamer Umgang mit der knappen Ressource „unbebaute Fläche“ für den Erhalt der Lebensgrundlagen wichtig. Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Gerade von der CDU wurde in den Gremien im Hinblick auf den Wohnbau wiederholt als einen wichtigen Ansatz bei Wohnbauprojekten höheres Bauen angeregt. Die innerstädtische Verdichtung stößt vielfach an Grenzen, da auch dort wertvolle städtische Naturräume betroffen sein können.

Wo Flächen unweigerlich entnommen werden müssen ist es Forderung der CDU, den gesetzlich vorgesehenen ökologischen Ausgleich auch tatsächlich wirksam zu gestalten. Da gibt es noch reichlich Verbesserungsmöglichkeiten. Der BUND ist bei jedem konkreten Planungsvorhaben eingeladen, mit seinen Stellungnahmen den Planungsprozess zu verbessern und zum Ausgleich der wahrlich vielseitigen Ansprüche beizutragen.

Antworten aus Weingarten

LKR Liberal-Konservative Reformer (Werner Knörle, 21. April 2019)

bezahlbarer Wohnraum (Ziel für Weingarten)
ferner Vertikale Wände wie der Planer le Blanc , Frankreich beschreibt und der italienische Architekt de Bono in Mailand bei Hochhäusern umsetzte, wurde von mir bereits vor 2 Jahren im Stadtrat erwähnt als Vorschlag.

Bürger für Weingarten (29. April 2019)

Häuser aufstocken, Höher Bauen aber um Anonymität zu vermeiden, mehr Alt u. Jung mit Wohnungen, Innenhöfen und Grünanlagen einzubinden. " Bezahlbar"
Leerstand von Wohnungen u. Häuser vermeiden.
Gewebeflächen mehr begrünen.

SPD Weingarten (6. Mai 2019)

In unserem Wahlprogramm für die Gemeinderatswahl in Weingarten fordern wir ausdrücklich bei der Stadtentwicklung: „Innenverdichtung vor Freiflächenverbrauch: Erhalt und Schutz der Naherholungsgebiete (Reutebühl, Nessenreben u.a.)“ Wir setzen im Wohnungsbau vor allem auf mehrstöckige Mehrfamilienhäuser mit einem deutlichen Anteil an Sozialwohnungen und dem Schließen von Baulücken. Bei den Gewerbebauten wird – vor allem bei den Parkplätzen - meist viel zu großzügig mit der Fläche umgegangen. Gewerbebauten können und sollten möglichst mehrstöckig sein und Parkflächen sollten integriert sein (Tiefgaragen, ebenerdig im Gewerbebau oder Überbauung von Parkplätzen mit Gewerbebauten oder Wohnbauten). So lässt sich der Flächenverbrauch deutlich reduzieren.

Freie Wähler Weingarten (6. Mai 2019)

Das Ziel des niedrigen Flächenverbrauchs und möglichst wenig Versiegelung ist zu unterstützen. Innenverdichtung und Ausbau bestehender Infrastruktur geht vor Außenbebauung. Aber ohne wird es nicht gehen. Bei der Bebauung in Weingarten wird es sich vorrangig um Geschoßwohnungen handeln, der Flächenverbrauch ist wesentlich geringer als bei Einfamilienhäusern. Mehr Wohnungsbau in Weingarten vergrößert das Angebot, was sich folglich auch auf die Höhe der Miete auswirkt. Wohnen in der Stadt bedeutet auch weniger große Einfamilienhaussiedlungen in den umliegenden Gemeinden (weniger Flächenverbrauch), was auch weniger Verkehr bedeutet, da die Arbeitsstellen, Schulen, Freizeiteinrichtungen usw. mit dem Fahrrad bzw. ÖPNV erreicht werden können. Für viele Familien bedeutet dies, dass nur noch maximal ein Auto benötigt wird.

GRÜNE Weingarten (7. Mai 2019)

Wir unterstützen diese Forderung. Jede zusätzliche versiegelte Fläche schmerzt uns. Wir setzen auf konsequente Binnenverdichtung, z.B. durch Aufstockung. Ebenfalls fordern wir, dass Supermarkt-Parkplätze mit Wohnungen überbaut werden dürfen (Beispiel Berlin). Dazu ist allerdings eine Änderung des Baurechts notwendig, die Verantwortung liegt hier beim Land.

Unser langfristiges Ziel ist eine Siedlungsdichte von 90 Personen / ha für Weingarten. Das bedeutet, dass wir uns bei größeren Neubaugebieten konsequent für Mehrgeschoßbauten einsetzen werden.

Eine Ursache für den Bedarf an Wohnfläche ist die jährliche Zunahme des pro Kopf Bedarfs (0,3% Zunahme der Pro-Kopf Fläche per anno). Wir wollen hier mit kreativen Ideen diesem Trend entgegenwirken, z.B. über Wohnungstausch, andere Wohnformen, Anreize schaffen zum Umzug in kleiner aber qualitativ höherwertige Wohnungen – z.B. barrierefrei.

Die Verwaltung muss sich aber auch bemühen, die in Weingarten leerstehenden Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen (Beispiel Tübingen) – wir gehen von 600 leerstehenden Wohnungen aus! Zudem setzen wir uns ein, dass in Weingarten ein weiteres Studierendenwohnheim gebaut wird.

Der Wohnungsbau kann nur interkommunal gesehen werden. Städte und Gemeinden sind in die Pflicht zu nehmen und müssen sich untereinander abzustimmen. Sicherlich führt der hohe Siedlungsdruck im Schussental zu einem zusätzlichen Flächenverbrauch durch Wohnungsbau. Günstiger Wohnraum lässt sich nur durch Mehrgeschosswohnungen realisieren. Auf Grund ihrer schon vorhanden dichten Siedlungsstruktur können die Städte Weingarten und Ravensburg massiver verdichten als die Umlandgemeinden.

Ein erhebliches Einsparpotential sehen wir bei den Gewerbeflächen: Hier werden durch riesige ebenirdische Parkplätze große Flächen unnötig versiegelt. Auch hier kann das Problem nur interkommunal angegangen werden: Parkhäuser sind erhebliche Kosten, Kommunen dürfen sich von Betrieben nicht gegenseitig ausspielen lassen.

Zudem gilt es neue Formen der Arbeit zu fördern, Beispiel Handwerkerzentren etc.. Dies muss aktiv von der Verwaltung betreiben werden.

Bei der Vergabe von Gewerbeflächen sind die Anzahl Arbeitsplätze mit zu berücksichtigen.

Antworten aus Baienfurt

Grüne und Unabhängige Baienfurt (4. Mai 2019)

Ja.
- Wohnen:
  - Nachverdichtung großer Grundstücke: Neubau, Aufstockung
  - Baulücken füllen
  - Mehrgeschosswohnungsbau sensibel angepasst an Dorfsituation
  - Anreize für Senioren zum Umzug in kleinere Wohnung durch passendes Angebot an seniorengerechten Wohnungen (mit Hilfe einer Vermittlungszentrale)

- In Gewerbegebieten:
  - Parkdecks auf Gewerbebauten und Supermärkten
  - weniger Parkplätze durch Jobticket
  - Synergieeffekte: z.B. gemeinsame Mensen in Gewerbegebieten, gemeinsame Stellplatz flächen

Freie Wähler Baienfurt (Oliver Kutter, 5. Mai 2019)

Ja ich unterstütze diese Aktion. Zuerst sollten alte leer stehende Wohnungen und Gebäude genutzt werden, bevor neue Flächen ausgeschrieben werden.

SPD-Gemeinderats- und Kreistagskandidaten Baienfurt (7. Mai 2019)

Ja
Überbauung von Parkflächen, landschaftsgerechte Gewerbebauten – nicht immer nur einstöckig mit Wohnungsangebot.

Antworten aus Baindt

Liste der GRÜNEN Baindt (25. April 2019)

- Schließen von Baulücken
- Leerstände erheben und beseitigen
- Verdichten, da wo möglich und sinnvoll

Antworten aus Berg

FDP Berg (Benjamin Strasser, 30. April 2019)

Nein. Der äußerst restriktive Haltung bei der Ausweisung von Bauflächen, aber auch die ständig steigenden Anforderungen und Auflagen an Bauwillige haben zu dem grassierenden Wohnungsmangel und dadurch explodierende Mieten gesorgt. Nicht nur in Großstädten, sondern auch bei uns im Landkreis ist dies festzustellen. Wohnraum zu schaffen, ist eine der größten Aufgaben in den nächsten Jahren. Deshalb sind alle möglichen Maßnahmen, wie Verdichtung, Überarbeitung bestehender Baupläne (Veränderung der Grundflächenzahl bzw. Geschossflächenzahl), aber auch die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen notwendig.